Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de www.mdi.rlp.de
76. Januar 2021

| Mein Aktenzeichen |  |  |
| :--- | :--- | :--- |
| 0102-0003\#2020/0020- | Anr Schreiben vom | Ansprechpartner/-in / E-Mail <br> Andreas Sackreuther |
| Telefon / Fax  <br> Bitte immer angeben! andreas.sackreuther@mdi.rlp.de | 06131 16-3803 |  |

Telefon / Fax
06131 16-3803
06131 16-17-3803

## Sitzung des Innenausschusses am 26. November 2020

 TOP 11: „KI-Kooperation im Kampf gegen das Verbrechen"Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 17/7421

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, hebe Henchik,
in der Sitzung des Innenausschusses am 26. November 2020 wurde die Übersendung des Sprechvermerks zu TOP 11 „KI-Kooperation im Kampf gegen das Verbrechen" zugesagt. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Sprechvermerk den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen


Roger Lewentz

## Anlage

Sitzung des Innenausschusses am 26. November 2020 TOP 11: „KI-Kooperation im Kampf gegen das Verbrechen"<br>Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT<br>- Vorlage 17/7421 -

Am 29. Oktober 2020 unterzeichneten der Präsident des Landeskriminalamts (LKA) Rheinland-Pfalz, der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA) und der Geschäftsführende Direktor des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern eine Absichtserklärung zur Erforschung und Entwicklung von Einsatzmöglichkeiten Künstlicher Intelligenz (KI) für polizeiliche Bedarfe. Damit erfolgte der Startschuss für ein bundesweit bislang einmaliges Vorhaben.

KI ist ein technologischer Megatrend. Die Auswirkungen ihrer fortschreitenden Entwicklung erstrecken sich schon heute auf viele Lebens- und Gesellschaftsbereiche.

Auch das Potenzial für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung ist enorm. KI-basierte Systeme werden mittel- bis langfristig ein elementarer Bestandteil der polizeilichen Datenverarbeitung sein. Dies ist auch erforderlich, um die Polizei weiterhin handlungsfähig zu halten. Zu denken ist etwa an die immensen Datenmengen, mit denen die Polizei inzwischen konfrontiert wird.

Eine isolierte, rein auf die Polizei zentrierte Vorgehensweise erscheint jedoch gerade im Feld der KI wenig erfolgversprechend. Daher war es wichtig, die polizeilichen Aktivitäten im Bereich KI in einen wissenschaftlichen Forschungskontext einzubetten. Dies wird es ermöglichen, mit der Dynamik der weiteren Entwicklungen Schritt zu halten und von neuesten Erkenntnissen aus Wissenschaft und Forschung zu profitieren.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Polizeiabteilung des Ministeriums des Innern und für Sport seit Anfang des Jahres bemüht, eine Kooperation mit dem DFKI zu initiieren und das an der Seite eines starken polizeilichen Partners. Durch die Zusammenarbeit mit dem BKA als Zentralstelle für die Kriminalitätsbekämpfung der Bundesrepublik wird die rheinland-pfälzische Polizei auch von dessen bundes- und europaweiter Vernetzung
profitieren können. Das BKA betreibt eine KI-Koordinierungsstelle, mit der sich das LKA künftig eng abstimmt.

Das DFKI seinerseits, als wissenschaftlicher Partner, ist eines der weltweit führenden Forschungsinstitute im Bereich der KI. Mit seinen bundesweit fünf Standorten - einem maßgeblichen davon in Kaiserslautern - verfügt es über herausragende Kompetenzen und Ressourcen.

Das DFKI wird in der Forschungskooperation durch Prof. Dr. Andreas Dengel vertreten, der seit mehr als 25 Jahren im Bereich KI forscht und im September diesen Jahres zum KI-Botschafter des Landes Rheinland-Pfalz ernannt wurde.

Konkret beabsichtigen wir, im DFKI am Standort Kaiserslautern ein sogenanntes Transferlab einzurichten. Dort sollen Mitarbeitende des Forschungszentrums unter Beteiligung zweier wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des LKA Rheinland-Pfalz zu verschiedenen Anwendungsfeldern forschen und praxisnahe Unterstützungsmöglichkeiten entwickeln. In der Regierungsvorlage für den Haushalt 2021 sind für das LKA hierfür zwei Stellen vorgesehen.

Ein Anwendungsfeld soll beispielsweise die Analyse unstrukturierter digitaler Rohdaten mittels KI sein. Dies könnte zur Wiederherstellung gelöschter Daten auf Smartphones oder Computern genutzt werden, um Tatverdächtige zu überführen, die sich vor Strafverfolgung in Sicherheit wiegen.

Insbesondere der Umgang mit den enormen Datenmengen, mit denen die Polizei täglich in Ermittlungsverfahren konfrontiert wird, soll anwendungsbezogen erforscht werden. Wir erhoffen uns hier neue Methoden, diese oftmals im Terabytebereich liegenden sichergestellten Daten zu strukturieren und analysieren. Ziel ist es, dass KI bei der zukünftigen Auswertung solcher Daten unterstützt und hilft, die Ermittlerinnen und Ermittler zu entlasten. Ich denke hierbei ganz besonders an Bereiche wie die Bekämpfung der Kinderpornografie, Tötungsdelikte oder die Terrorismus- und Extremismusbekämpfung, in denen in kürzester Zeit belastbare Ergebnisse erzielt werden müssen.

Das Transferlab soll uns darüber hinaus einen beständigen Zugang zu aktuellsten Entwicklungen im Bereich KI ermöglichen. Der Wissenstransfer aus dem DFKI in die

Polizei wird dazu führen, dass die Polizei neue Chancen und Möglichkeiten der KI in ihrem Aufgabenbereich frühzeitig identifizieren kann. Durch die Kooperation des DFKI mit der Technischen Universität Kaiserslautern wird uns darüber hinaus ein Zugang zu den IT- und KI-Experten von morgen ermöglicht. Auch dies ist mit Blick auf den hart umkämpften Markt entsprechend qualifizierter Fachkräfte ein positiver Effekt dieser Kooperation.

Die Unterzeichnung der Absichtserklärung ist ein bedeutender Meilenstein beim Aufbau von KI-Kompetenzen bei der Polizei Rheinland-Pfalz. Die Details der Kooperation werden nun zwischen den Partnern verhandelt. Das Transferlab selbst soll im Jahr 2021 starten. Es ist beabsichtigt, diese Kooperation zunächst ein Jahr zu erproben, um dann über die Fortführung zu entscheiden.

